

Frank Deppe

SOZIALISMUS



**Geburt und Aufschwung –
Widersprüche und
Niedergang –
Perspektiven**

Frank Deppe
SOZIALISMUS

Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven

Frank Deppe ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Er ist Mitglied im Redaktionsbeirat von »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung« und Mitherausgeber des Zeitschriftenprojekts »Sozialismus.de«. Im VSA: Verlag erschien unter anderem sein vierbändiges Hauptwerk in fünf Büchern: »Politisches Denken im 20. Jahrhundert« (Neuaufgabe 2016). Im Jahr 2017 erschien von ihm »1917 | 2017. Revolution und Gegenrevolution« und 2018 schrieb er über »1968: Zeiten des Übergangs. Das Ende des ›Golden Age‹, Revolten & Reformbewegungen, Klassenkämpfe & Eurokommunismus«.

Frank Deppe
SOZIALISMUS
Geburt und Aufschwung –
Widersprüche und Niedergang –
Perspektiven

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2021, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagfoto (Ausschnitt): 2011 judigrafie/Photocase Addicts GmbH
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-96488-116-8

Inhalt

Einleitung	7
-------------------------	---

Kapitel 1

»Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten.

Soziale Unterschiede dürfen nur im gemeinen Nutzen begründet sein.«	19
--	----

1. Geschichte und Begriff des Sozialismus	19
2. Die Vor-Geschichte des modernen Sozialismusbegriffes zwischen 1789 und 1848	26
3. Die Große Transformation 1789–1848: »Schwellenzeit«	38
4. Neuanfang nach der Niederlage?	50
5. Der Weg zur Massenpartei der Arbeiterklasse	61
6. Geburt und Aufschwung des Sozialismus – Dialektik von Einheit und Spaltung, von Bewegung und Organisation	67

Kapitel 2

Klasse, Partei, Staat – realer Sozialismus im 20. Jahrhundert	85
--	----

1. Das Zeitalter der Katastrophen	85
Der Sozialismus am Anfang des Jahrhunderts	85
Imperialismus und Krieg/Revolution und Gegenrevolution	90
Realer Sozialismus	105
Der reale Sozialismus und die marxistische Theorie	120
Ambivalenzen des realen Sozialismus im Zeitalter der Katastrophen	144
2. Aufschwung und Niedergang des Sozialismus im Zeitalter der Systemkonkurrenz	153
1945 – das Jahr der großen Hoffnungen	153
Das Scheitern des parlamentarischen Sozialismus – »British Road to Socialism«	158
3. Golden Age of Capitalism	169
Der Kalte Krieg	169
Fordismus: Golden Age	183
Sozialistische Theoriearbeit – die Intellektuellen und der Sozialismus	191
4. Das Ende des Großen Zyklus	207
Die »Revolutionen« von 1968 und die Kämpfe der 1970er Jahre	207
Der Gegenstoß: Globalisierung und Neoliberalismus	236

Kapitel 3

Sozialismus im 21. Jahrhundert	243
1. Die historische Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise	245
2. Jahrhundertbilanzen für den Sozialismus	260
3. Von der Krise zur Katastrophe	266
Verdichtung von Krisenprozessen	266
Die Pandemie	268
Das »Maschinenfragment« in den »Grundrissen« von Marx – digitale Revolution	270
Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft	275
Klimakatastrophe und Weltkrieg	282
Rückkehr des Nationalstaates	288
Von der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise zur politischen Krise	292
4. Von den Katastrophen zum Sozialismus – neue Fragen, alte Fragen	298
5. »Socialism is Back«?	314
6. Ausblick: eine »Welt aus den Fugen« oder »im Aufruhr« – Wege des »Re-Set«	338
Der chinesische Weg: Erfolge und Ambivalenzen	339
»Schwellenzeit«	342
Strategien und Klasseninteressen	345
Wege des Sozialismus	349
Literatur	352

Einleitung

Am 26. Oktober 1991 wurde durch Beschluss des Obersten Sowjets die »Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken« (UdSSR) aufgelöst, die am 30. Dezember 1922 gegründet worden war. Zur gleichen Zeit löste sich die von der Sowjetunion geführte »sozialistische Staatengemeinschaft« – mit der Militärorganisation des Warschauer Paktes und dem »Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe« (RGW) – auf. Bereits am 3. Oktober 1990 war die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) beendet worden. In Ost- und Südosteuropa begann die krisenhafte Transformation zu kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen sowie der Umbau des politischen Systems zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. In ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion brachen Bürgerkriege aus und es etablierten sich autoritäre Regime. Zwischen 1992 und 1995 zerfiel die Sozialistische Republik Jugoslawien; bis zum Ende des Jahrzehnts eskalierten die Konflikte der verselbständigten Republiken untereinander in einem Krieg, in den die NATO mit einem Angriff auf Serbien intervenierte. In der Karibik geriet das sozialistische Kuba und in Südostasien Vietnam und Nordkorea, deren Wirtschaften eng mit den sozialistischen Ländern verbunden waren, in tiefe Krisen.

Schon im Frühjahr 1989 hatte sich in Beijing eine Protestbewegung gegen das Regime der Kommunistischen Partei Chinas entwickelt. Der Protest ging zunächst von Studenten aus, wurde dann aber auch von Arbeitern unterstützt. Am 3. und 4. Juni 1989 schlug die Armee die Bewegung gegen das Regime auf dem Platz des Himmlischen Friedens gewaltsam nieder. Am 9. Juni 1989 dankte Deng Xiaoping, der »Vater« der Reformpolitik in China seit 1978, der Volksarmee in einer Rede vor führenden Offizieren für ihren Einsatz, mit dem sie den Übergang der von Unzufriedenheit geprägten Proteste in eine »konter-revolutionäre Rebellion« verhindert hätten und betonte, dass nur unter dieser Bedingung die Fortführung der Reformpolitik möglich sei (Deng 1994: 294-299). Die chinesischen Kommunisten lehnten das politische Reformkonzept von Gorbatschows »Perestroika« ab. Sie hatten sich für ökonomische Reformen durch Marktöffnungen (zum Weltmarkt) und individuelle Reichtumsentwicklung geöffnet, verlangten aber gleichzeitig die Stärkung der Partei und des sozialistischen Staates.

In der welthistorischen Zäsur der Jahre 1989–1991 ging die Nachkriegs-epoche der Systemkonkurrenz zu Ende. Diese war durch eine »bipolare Ordnung« – zwei Systeme mit je einer Führungsmacht (USA und UdSSR) – charakterisiert. Die Systeme unterschieden sich in ihrer Eigentums- und

Wirtschaftsordnung sowie in ihren politischen Systemen: Privateigentum und Profiterzielung gegen Staatseigentum, Markt gegen staatliche Planung, parlamentarische Demokratie und Mehrparteiensystem gegen die »Diktatur des Proletariats« bzw. Einparteienherrschaft. Die globale militärische Konfrontation der Systeme bildete die Basis einer Sicherheitslogik, die zwangsläufig zur beständigen Modernisierung der konventionellen und atomaren Waffensysteme und damit zu einer überbordenden Steigerung der Rüstungsausgaben führte. Gleichzeitig tobte ein ideologischer Krieg zwischen »Freiheit« und »Totalitarismus«, so das herrschende Bewusstsein im Westen, wo in den Hochphasen des Kalten Krieges, in den 1950er Jahren, der Schlachtruf »Lieber tot als rot!« skandiert wurde.¹

Die Zäsur der Jahre 1989–1991 wurde von den Anhängern des Westens als eine Stunde des Triumphes wahrgenommen. Der Hauptgegner – die Sowjetunion und mit ihr der Anspruch der kommunistischen Parteien, in einer »Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab« zu wirken – war geschlagen. Dass die »sanften Revolutionen« in den meisten Fällen zur gewaltfreien Ablösung des alten Regimes führten, war für die Sieger ein weiterer Beleg für den langfristigen Niedergang sowie für die innere Schwäche und Auszehrung der sozialistischen Systeme.

Der konservative Journalist und Zeithistoriker Joachim Fest, Verfasser u.a. von Biografien über Adolf Hitler und Albert Speer, Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, proklamierte schnell das »Ende des utopischen Zeitalters«. Der »Traum« vom Sozialismus sei endgültig »zerstört« und zu einem »Stoff für Historiker« geworden. »Der Marxismus kehrt nach blutigen Ausflügen wieder ins British Museum zurück.« (Fest 1991: 113) Zwei Jahre zuvor hatte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das »Ende der Geschichte« diagnostiziert. In zwei Etappen habe sich ein Prozess des Scheiterns der totalitären Systeme vollzogen – zuerst des Faschismus, danach des Kommunismus. Damit sei der Weg frei für eine liberale Demokratie, die die folgenden Prinzipien anerkennt: die Grundrechte als Schutz- und Teilhaberechte, die Rechtsstaatlichkeit sowie die freie Marktwirtschaft. Für Fukuyama bezeichnete die »liberale Demokratie« – also das Modell des US-amerikanischen Kapitalismus – das Endstadium der Geschichte (Fukuyama 1990). Den Anhängern der sogenannten »realistischen Schule« unter den Neokonservativen war selbstverständlich bewusst, dass die Geschichte der Staaten des Westens durch gewaltige innere Widersprüche und Klassengegensätze sowie auf dem Feld der internationalen Politik durch Kämpfe und Kriege um die Machtverteilung in der globalen Ordnung

¹ Joseph Goebbels, der Propagandaminister des Dritten Reiches, hatte schon seit der Schlacht um Stalingrad die deutschen Soldaten an der Ostfront mit dieser Losung zum Kampf antreiben wollen.

bestimmt war und dass diese Widersprüche erneut in den Vordergrund treten werden. Der britische Historiker Paul Kennedy hatte schon kurz vor der großen Wende von 1989 den »Aufstieg und Niedergang der großen Mächte« als das innere Entwicklungsgesetz der Weltgeschichte seit dem Jahr 1500 dargelegt. Und John J. Mearsheimer, hyperrealistischer Politikwissenschaftler aus den USA, hatte im Sommer 1990 in einem viel diskutierten Artikel die These vertreten, dass die Weltpolitik nach dem Ende der Bipolarität in Europa auf einen Zustand der anarchischen Konkurrenz und des Kampfes der Großmächte zurückfallen werde, wie er 100 Jahre zuvor zum August 1914 geführt hatte (Mearsheimer 1990).

Dass mit dem Siegeszug des »Neoliberalismus« im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zugleich jene stabilisierenden »Fesseln« des Kapitalismus beseitigt wurden, die ihm im Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterbewegung und in der Systemkonkurrenz mit den sozialistischen Staaten angelegt worden waren, beunruhigte in den Jahren des Umbruchs nur wenige. Immerhin gab es erste Warnungen, dass die Frage der sozialen Gerechtigkeit und die Zunahme der Kriegsgefahr im Zentrum einer neuen Periode der sozialen Unsicherheit und der politischen Spannungen auf dem Felde der internationalen Politik die These vom »Ende der Geschichte« schnell falsifizieren würde (Deppe 1991).

Für Perry Anderson, Gründer und Mitherausgeber von *New Left Review* und einer der bedeutendsten Historiker und Theoretiker des Marxismus am Ende des 20. Jahrhunderts, stand die politische Krise der sozialistischen Staaten und Parteien in einem engen Zusammenhang mit einem langfristigen Verfall der Legitimation und Attraktivität sozialistischer Ziele und Werte, namentlich bei den Angehörigen der subalternen Klassen. »Gleichheit, die nach dem Zweiten Weltkrieg immerhin eine rhetorische Rolle im öffentlichen Leben spielte, auch wenn sie in Wirklichkeit radikal abgewehrt wurde, gilt derzeit weder als möglich noch als wünschenswert. Ja, für den gesunden Menschenverstand unserer Tage sind alle Ideen, die einst den Glauben an den Sozialismus ausmachten, bloß noch tote Hunde. Das Zeitalter der Massenproduktion ist von einer Nach-Fordschen Ära abgelöst worden. Die Arbeiterklasse gilt als verblässende Erinnerung an die Vergangenheit, Kollektiveigentum als Garantie für Tyrannei und Ineffizienz; substanzielle Gleichheit als unvereinbar mit Freiheit... Keine der Strömungen, die in diesem Jahrhundert als Herausforderer des Kapitalismus antraten, hat zur Stunde noch Kampfgeist oder eine Massenbasis.« (Anderson 1993: 141, 143)

Der britische Politikwissenschaftler Ralph Miliband – einer der führenden Köpfe der Neuen Linken (Newman 2002) – gab seinem letzten Buch, das im Jahr 1994 erschien, den Titel »Sozialismus für ein skeptisches Zeitalter«. Darin vertrat er allerdings die Hoffnung, dass die wesentlichen Werte des Sozialismus – Demokratie, Gleichheit und Kooperation – auch in der Zukunft

»die bestimmenden Prinzipien der sozialen Organisation« sein werden. »Die Mehrheit der Menschheit lebt in Ländern, in denen ein wilder Kapitalismus herrscht, wo wohlfahrtsstaatliche Sicherungen minimal oder nicht-existent sind, wo Trinkwasser ein Luxus ist, der den Massen verwehrt bleibt, und wo die sanitären Bedingungen entsetzlich sind, wo die Arbeitslosigkeit einen großen Teil der Bevölkerung betrifft. Wo eine große Zahl der Kinder schon im Alter von sechs oder sieben Jahren arbeiten muss, wo die Raten der Kindersterblichkeit extrem hoch sind, wo Kinderprostitution alltäglich ist usw. usf.« (Miliband 1994: 194) Der Historiker Donald Sassoon konstatierte am Ende seiner umfangreichen Arbeit über »Ein Jahrhundert Sozialismus in Westeuropa« die tiefe Krise der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien. »Das Schicksal und die wahrscheinliche Zukunft des westeuropäischen Sozialismus«, so schlussfolgerte er, »kann nicht von der des europäischen Kapitalismus getrennt werden.« Er fügte hinzu: »Das sozialistische Projekt, wie immer es definiert wird, mag verschwinden, während die sozialistischen Parteien überleben.« (Sassoon 1996: 776) Er mag dabei an die unter Tony Blair erfolgreiche Labour Party in den 1990er Jahren gedacht haben, die sich demonstrativ von ihrer sozialistischen Tradition und Programmatik abwandte. 20 Jahre später demonstrierten Jeremy Corbyn und seine Anhänger, dass die fortbestehende organisatorische Hülle der Partei – einschließlich ihrer Stammwähler aus den unteren Gesellschaftsklassen – mit einer erneuerten sozialistischen Programmatik (»For the Many, not the Few«) gefüllt werden kann. Bei den Unterhauswahlen von 2017 erreichte Labour mit einem Zuwachs von fast zehn Prozentpunkten einen Anteil von 40% der Stimmen.

Drei Jahrzehnte nach dem Triumph des Kapitalismus und Liberalismus wird im öffentlichen Diskurs wieder intensiv über Sozialismus diskutiert – als »rote Gefahr« auf der einen, als politisches Projekt zur Überwindung der Krisen und der sozialen Ungleichheit im globalen Finanzmarkt-Kapitalismus auf der anderen Seite. Unter der Überschrift »Millennial Socialism« (»Sozialismus im neuen Jahrtausend«) stellte der *Economist*, die führende Wirtschaftszeitung der westlichen Welt, in seiner Ausgabe vom 14.2.2019 eine Renaissance des Sozialismus in den Zentren des alten Kapitalismus fest. »Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 schien es, als ob die große ideologische Schlacht des 20. Jahrhunderts zu Ende sei. Der Kapitalismus hatte gewonnen – Sozialismus wurde zum Synonym für wirtschaftliches Scheitern und politische Unterdrückung. Er dümpelte weiter in randständigen Versammlungen, in gescheiterten Staaten und mit der prallen Liturgie der chinesischen Kommunistischen Partei. Heute, 30 Jahre danach, ist der Sozialismus wieder in Mode gekommen... Der Sozialismus stürmt zurück, weil er eine scharfsinnige Kritik an dem formuliert, was in den westlichen Gesellschaftern schiefgelaufen ist. Während Politiker von der Rechten oftmals

die Schlacht um die Ideen aufgegeben haben und sich auf Chauvinismus und Nostalgie zurückziehen, konzentriert sich die Linke auf soziale Ungleichheit, die Umwelt und darauf, wie die Macht für die Bürger von den Eliten zurückgewonnen werden kann. Obwohl die wiedergeborene Linke einige Dinge richtig angeht, geht allerdings ihr Pessimismus hinsichtlich der modernen Welt zu weit. Ihre Politik leidet unter der Naivität gegenüber Staatshaushalten, Bürokratien und der Geschäftswelt.«

Das Zentralorgan des (in der Schweiz beheimateten) Finanzmarkt-Kapitalismus, die *Neue Zürcher Zeitung*, empörte sich am 20. Juli 2019 über die »neue Lust am Sozialismus«. Obwohl dieser im 20. Jahrhundert »kolossal« gescheitert sei, übe er auf einmal wieder – vor allem auf junge Menschen – eine starke Anziehungskraft aus. Die Dogmatiker der Linken »genießen bei Wahlen wieder Sympathien«. Bei Meinungsumfragen betonen viele – vor allem junge – Menschen, dass »sozialistische Ideale von großem Wert ... für die Gesellschaft« sind. »51 Prozent der Amerikaner zwischen 18 und 29 Jahren haben nach Gallup eine positive Meinung zum Sozialismus.« Über Klassenkampf und Systemkrieg wird sogar in TV-Shows geredet. Der »Frust« der jungen Leute »in Bezug auf den Kapitalismus (ist) durchaus verständlich, erst recht im Nachgang zur Finanzkrise« – außerdem gibt es sicher auch »unanständige Manager«. Aber, der Sozialismus – das kann man bei Friedrich August von Hayek nachlesen (so der Autor) – ist auf jeden Fall die falsche und grundgefährliche Antwort. Deshalb gilt es, den Verlockungen der sozialistischen Ideologie zu widerstehen!²

Der Ergebnisse der britischen Unterhauswahlen vom Dezember 2019 werden diesen Autor erfreut haben: Jeremy Corbyn und sein sozialistisches Programm hatten eine deutliche Niederlage gegenüber der Konservativen Partei unter Boris Johnson hinnehmen müssen. Dabei spielte der Austritt des Landes aus der EU (»Brexit«) eine wichtige Rolle, weil traditionelle Stammwähler der Labour Party aus den Arbeiterstimmbezirken des Nordens für Johnson stimmten (Deppe 2020). Zuvor hatte die Labour Party – im Unterschied zu den meisten sozialdemokratischen Parteien auf dem Kontinent – unter Corbyn eine Linkswende erlebt, die vor allem von jungen Menschen unterstützt wurde. In den USA erzielte der Sozialist Bernie Sanders mit seinem Programm einer »politischen Revolution« Erfolge bei den Vorwahlen

² In der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 27. Juni 2021 wurde ein Buch des deutsch-britischen Ökonomen Kristian Niemietz hoch gelobt. Sein Titel: »Sozialismus. Die gescheiterte Idee, die niemals stirbt« (München 2021). Diese Schrift befasst sich vor allem mit den Intellektuellen, die immer wieder – »mit erstaunlicher Regelmäßigkeit« – den Sozialismus bewundern. Hier wird eine These aufgewärmt, die schon die konservative Geschichtsschreibung in Bezug auf die Arbeiterbewegung und den Sozialismus gelehrt hatte: Die Arbeiter hätten sich immer nur für die Verbesserung ihrer »Lage« interessiert; der Sozialismus hingegen als Utopie sei eine Erfindung deklassierter und frustrierter Intellektueller aus dem Bürgertum gewesen.

für den Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei; er erreichte dabei noch bessere Resultate als fünf Jahre zuvor im Wettbewerb mit Hillary Clinton – und wieder waren es überwiegend junge Menschen, die ihm jubelten. Sanders verlor schließlich gegen den Kandidaten des Partiestablishments, Joe Biden, der 2020 die Wahl gegen Donald Trump gewann. Seine Politik der »ersten 100 Tage!« ließ deutlich gewachsenen Einfluss von linken Kräften in der Demokratischen Partei und ihrem Umfeld erkennen.

Dass der Sozialismus gerade in den USA einen Aufschwung erleben sollte, wäre drei Jahrzehnte zuvor noch als ein Witz erschienen.

Das hat sich gründlich geändert. Im Jahr 2019 veröffentlichte der Gründer der – sehr erfolgreichen – Zeitschrift *Jacobin*, Bashkar Sunkara, ein umfangreiches »Socialist Manifesto«, ein »Plädoyer für radikale Politik im Zeitalter extremer Ungleichheit«. Der Text holt weit aus. Der Weg des Sozialismus beginnt mit den Anfängen der Arbeiterbewegung und des Sozialismus im Gefolge der industriellen Revolution im späten 18. Jahrhundert und endet schließlich im 21. Jahrhundert in Amerika (Sunkara 2019: 159ff.). Die Konstruktion dieses langen Zyklus der Moderne ist keineswegs aus einer abstraktgeschichtsphilosophischen Fortschrittsidee abgeleitet. Für Sunkara gibt es heute »in Großbritannien und den USA erstaunliche Gelegenheiten für sozialistische Politik ... um erfolgreich zu sein, muss die Linke nicht nur ein Narrativ für die Opposition gegenüber den ökonomischen Eliten entwerfen, sondern sie muss auch Siege erringen, die es ermöglichen, ein Netzwerk von Institutionen auszubauen, um das Kapital herauszufordern« (ebd.: 213). Auf die Frage, warum sie sich als Sozialistin bezeichne, gab die für die demokratische Partei ins Repräsentantenhaus gewählte Alexandria Octavio-Cortez eine sehr einfache Antwort: »Für mich bedeutet Sozialismus: die Garantie einer allgemeinen und grundlegenden Sicherung der Würde. Damit bestätigt sich der Wert der Aussage, dass das Amerika, auf das wir stolz sind und das wir erstreben, ein Land ist, in dem alle Kinder einen Zugang zu einer würdevollen Erziehung haben – ein Land, in dem kein Mensch zu arm ist, um die Medizin zu erhalten, die er zum Leben braucht.«

Die Wiederauferstehung des Sozialismus fügt sich ein in einen weltweiten Aufschwung von sozialen und politischen Protestbewegungen. Die *Süddeutsche Zeitung* (28./29.12.2019) sah die »Welt in Aufruhr« und zählte die lange Liste der Städte und Staaten auf, in denen vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie Hunderttausende auf die Straße gegangen waren, um »gegen korrupte Eliten« und »soziale Ungleichheit« zu protestieren. In einigen Ländern hat sich eine neue Bewegung der Jungen – der »Millenials« – auf den Weg gemacht, steht an der Spitze des Aufruhrs und mischt die bestehenden Organisationen der alten Linken (Parteien und Gewerkschaften) kräftig auf. In vielen Ländern sind allerdings gleichzeitig rechtsextreme populistische Autokraten auf dem Vormarsch, die sich die Unzufriedenheit breiter Bevöl-

kerungsschichten, gelegentlich auch das Versagen von linken Regierungen, zunutze machen. Die Proteste werden durch lang angestaute Enttäuschungen über die herrschende Politik angetrieben; dazu kommt die Angst vor dem sozialen Abstieg.

Die weltweiten Protestbewegungen des Jahres 2019 sind außerordentlich heterogen, geprägt durch den je spezifischen ökonomischen, sozialen, kulturell-religiösen und politischen Kontext. Der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen sowie die Siege von nationalistischen, rassistischen Politikern der politischen Rechten (von Trump bis Bolsonaro, von Orbán bis Kaczynski) adressieren die Ohnmacht bzw. die Wut, die in diesen Bewegungen zum Ausdruck kommt. Auf der anderen Seite appellieren die sozialistischen Politiker, die ihre Kritik an den herrschenden Verhältnissen mit Kapitalismuskritik verbinden, an die subalternen Klassen, die Herrschaft der Eliten und Oligarchen zu beenden. In dieser »neuen Unübersichtlichkeit« reflektiert sich zugleich die »grundlegende Veränderung der Welt« seit der Großen Krise von 2008 (Tooze 2018). Der Zyklus der neoliberalen Hegemonie (Deppe 2016), der in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts seine Aufstiegsphase und in den 90er Jahren seinen Höhepunkt – erlebte, war seit der Jahrhundertwende in eine Phase des Niedergangs eingetreten und endete nach 2008 – vor allem auch als Resultat der Krisenbewältigungsstrategien des Westens – zunehmend in Konstellationen der sozialökonomischen, ökologischen und politischen Krise (Deppe 2019).

Die Krise von 2008 war der Wendepunkt – Globalisierung ist reflexiv geworden. Die Widersprüche und Krisen, die der globale Finanzmarktkapitalismus produziert und reproduziert, schlagen mehr und mehr auf die Metropolen des Kapitals, von denen die Globalisierung ausging, zurück. Auf der ideologischen Ebene schafft diese »multiple« Krise die Rahmenbedingungen sowohl für die Propaganda der Rechtspopulisten als auch für politische und soziale Bewegungen, die sich auf sozialistische Ziele beziehen und dabei auf Resonanz stoßen.³ Panitch und Gindin (2018: 11f.) stellen diesen Zusammenhang zwischen den Krisen des globalen Kapitalismus und der neoliberalen Politik auf der einen und der neuen »sozialistischen Herausforderung« in den Mittelpunkt: »Die Delegitimierung des Neoliberalismus hat der radikalen Sache des Sozialismus wieder etwas an Glaubwürdigkeit zurückgege-

³ Auf der Ebene der (globalen) wissenschaftlichen und intellektuellen Diskurse reflektiert sich diese Wende in doppelter Weise: Auf der einen Seite widmen sich prominente Vertreter sozialwissenschaftlicher Disziplinen einer Debatte über das »Ende des Kapitalismus« (Streeck 2013; Wallerstein u.a. 2014); auf der anderen Seite finden sich – von Honneth (2015) bis Dörre/Schickert (2019) und Dieter Klein (2019) – Beiträge zu einer erneuerten Sozialismus-Debatte. Daneben überraschen Beiträge zu »dem alltäglichen Kommunismus, der unserem alltäglichen Kapitalismus unterliegt und ihn faktisch überhaupt erst ermöglicht.« (Streeck 2019: 7)

ben. Die Überwindung des Kapitalismus ist notwendig, um die kollektiven, demokratischen, egalitären und ökologischen Bestrebungen der Menschheit zu realisieren. In der ersten Dekade des Millenniums stand die kapitalistische Globalisierung im Zentrum der oppositionellen Bewegungen. Die zweite Dekade wurde durch ›Occupy‹ eröffnet und dann durch die Anti-Austeritäts-Bewegungen in Griechenland und Spanien bestimmt. Diese beleuchteten auf dramatische Weise die erhebliche Ungleichheit zwischen den Klassen im Kapitalismus. Allerdings enthüllten die nach Aufstand riechenden Protestbewegungen ohne revolutionäre Wirkungen schnell die Grenzen einer Politik, die stets außerhalb des Staates verbleibt.«

Zehn Jahre nach dem »Big Crash« von 2008 erschüttert die Corona-Pandemie das kapitalistische Weltsystem. Von Februar 2020 bis Juni 2021 wurden 4 Millionen Tote registriert; Handel und Produktion brachen infolge der Lockdown-Maßnahmen erneut ein. Vor allem im privaten Dienstleistungssektor – vom Tourismus, über die Gastronomie bis zur Kultur – nahmen Insolvenzen und Arbeitslosigkeit zu. Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich, zwischen den Staaten des Nordens und des Südens spitzte sich weiter zu. Vor allem die Defizite eines Gesundheitssystems, das durch die neoliberalen Privatisierungsmaßnahmen der vergangenen Jahrzehnte schwer beschädigt wurde, unterstützten die Forderungen nach einem Ausbau der universellen Daseinsvorsorge durch den Staat und nach einer gewaltigen Expansion der Staatsausgaben mit dem Ziel, sowohl die Arbeitslosigkeit als auch den Klimawandel zu bekämpfen und gleichzeitig einen Umbau der Wirtschaft voranzutreiben, der den öffentlichen Sektor und die Infrastruktur stärkt, gesellschaftlichen Bedürfnissen Vorrang vor den privaten Profitinteressen der Großkonzerne und des Finanzsektors zu gewähren. Für sozialistische Kräfte bestätigt die Pandemie die Notwendigkeit struktureller, antikapitalistischer Reformen. Die Politiker und Ideologen des herrschenden Blocks mussten unter dem Druck der Krisenfolgen mit neoliberalen Dogmen der Austeritäts- und Wettbewerbspolitik brechen. Noch ist völlig offen, wie nach dem offiziellen Ende der Pandemie die Erholung der nationalen und globalen Wirtschaft verlaufen wird und wie diese Widersprüche – zusammen mit der aufgestauten Wut in weiten Bevölkerungskreisen – im politischen Raum ausgetragen werden.

Die weltweite Debatte über die Wiederauferstehung des Sozialismus wirft natürlich viele Fragen auf. Zuerst wird immer wieder empirisch zu prüfen sein, ob die These von der »Dritten Welle« des Sozialismus (Brie 2016) – nach der *ersten* Welle seiner »Geburt« und seines Aufstiegs im »langen 19. Jahrhundert« (1789–1914) und einer *zweiten* Welle, die durch Aufstieg und Niedergang des realen Sozialismus in globalen Dimensionen (1917–1989/91) charakterisiert wird – tatsächlich zu halten ist. Dabei wäre schon zu hinterfragen, ob die beiden ersten Wellen die Geschichte des Sozialismus an-

gemessen wiedergeben: Immerhin gab es in jeder Welle bisher eigene Wellenbewegungen, die oftmals wichtige Weichenstellungen beinhalteten. Der Begriff des »Zyklus« könnte besser geeignet sein, die äußerst dramatische und widersprüchliche Geschichte des Sozialismus zu charakterisieren. Die zyklische Bewegung der Kapitalakkumulation und der Krisenprozesse (»lange Wellen«) als auch der Klassenkämpfe und der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen bildet gleichsam die Grundstruktur dieser Geschichte. Darin ist auch die Frage enthalten, wie die Geschichte des Sozialismus in den verschiedenen Zyklen als eine Folge von Lernprozessen begriffen werden muss. Diese werden einerseits immer wieder durch die sich – im Zuge der Entwicklung des Kapitalismus – wandelnden Handlungs- und Kampfbedingungen im Klassenkampf notwendig. Auf der anderen Seite beinhalten diese Lernprozesse in der Geschichte des Sozialismus auch die Verarbeitung von Niederlagen und Fehlern. Dazu gehört das Lernen aus gescheiterten praktischen Versuchen, Ökonomie, Gesellschaft, Staat und Kultur jenseits des Privateigentums und der Profitproduktion, der Lohnarbeit und der Ausbeutung und jenseits einer staatlichen Organisationsform zu gestalten, die der Sicherung des Systems der Klassenherrschaft dient. Von den »kommunistischen Gemeinden« in Amerika im frühen 19. Jahrhundert bis zu den Weltmächten Sowjetunion und Volksrepublik China mussten immer wieder Schlussfolgerungen aus den praktischen Erfahrungen – aus Erfolgen, Widersprüchen und Zusammenbrüchen sozialistischer Systeme – gezogen werden. Die KP Chinas weist z.B. immer wieder darauf hin, dass die Erfolge, die das Land seit der Einleitung der Reformen im Jahr 1978 erzielte, auch aus einer gründlichen Analyse von Strukturdefiziten des sowjetischen Modells und des Scheiterns der Gorbatschowschen Perestroika resultieren.

Die Wellenbewegungen, in denen der Sozialismus immer wieder seine Ansprüche auf die Gestaltung der Zukunft geltend gemacht hat, können im 20. Jahrhundert nicht von den Krisen, Kriegen und Katastrophen getrennt werden, die die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft in globalen Dimensionen erschütterten. Die Menschheitskatastrophen der beiden Weltkriege, dazwischen die Große Weltwirtschaftskrise und schließlich der Faschismus, der sich selbst als Rettung der bürgerlichen Ordnung vor dem Bolschewismus begriff, haben jeweils am Ende der großen Kriege 1917/18 und 1944/45 neue »Wellen« des Sozialismus – verbunden mit der Hoffnung vieler Menschen auf eine Welt ohne Militarismus und Faschismus – ausgelöst. Im 21. Jahrhundert – nach dem Ende der Systemkonkurrenz und des »realen Sozialismus« – nimmt nicht nur die Kriegsgefahr zu. Die Krisenpotenziale des globalen Finanzmarkt-Kapitalismus und die zunehmenden ökologischen Risikopotenziale deuten ganz neue Katastrophenperspektiven an.

Für die Anhänger der bestehenden Herrschaftsverhältnisse erscheint der wieder erstarkende Sozialismus auch deshalb als Gefahr, weil sie spüren, dass

diese Potenziale nicht durch die Funktionsmechanismen der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Marktmechanismen bewältigt werden können. Daraus folgt jene Unsicherheit, die Journalisten z.B. beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos seit geraumer Zeit konstatieren. In dem Maße, wie das Bewusstsein von den globalen Risiken zunimmt, wächst auch die Erkenntnis, dass der herrschende Block über keine angemessenen Antworten zur humanen und gerechten Lösung solcher Risiken findet. Der Niedergang der Demokratie in den kapitalistischen Staaten des Westens reflektiert diese Unsicherheit der Eliten als Kontrollverlust (Ketterer/Becker 2019; Z-Redaktion 2020). Am rechten Rand des herrschenden Blocks erstarken freilich jene Kräfte, die seit den Anfängen des Sozialismus diesen mit Gewalt ausrotten möchten. Auch ein Donald Trump führte seinen Wahlkampf gegen den »Sozialismus«. Die Blutspur des Antisozialismus und Antikommunismus beschränkt sich keineswegs auf jene Epochen, in denen im 20. Jahrhundert proletarische Revolutionen aufbrachen. Vor allem in Deutschland waren es Angehörige der exekutiven Staatsapparate (Militär, Polizei, Justiz), die in der Novemberrevolution nach 1918, in der gewaltsamen Niederwerfung der Rätebewegung und der Räterepubliken – schließlich in den Gewaltexzessen der deutschen Faschisten gegen Angehörige der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung ihrem Hass auf den Sozialismus freien Lauf ließen.⁴

Die »dritte Welle« reflektiert sich schon in manchen aufgeregten Warnungen vor der »roten Gefahr« sowie im wissenschaftlichen und kulturellen »Überbau«. Im Kontext der realen politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse der Klassen bewegt sie sich allerdings in einem frühen, embryonalen Stadium. Die Beschäftigung mit diesem »Stadium« hat mich al-

⁴ Seitdem in Deutschland die rechtsnational-völkische AfD im Bundestag sitzt, kann sich diese Mentalität der Freikorpsmörder auch wieder offen artikulieren. Der Abgeordnete Stephan Brandner (AfD) verkündete jüngst von der Tribüne des Parlamentes: »Ich stelle meine wichtigste Botschaft an den Anfang der Rede... Der Sozialismus in all seinen Schattierungen ist eine zutiefst verbrecherische und menschenverachtende Ideologie, eine Ideologie, die noch niemals und nirgendwo auf dieser Erde Gutes bewirkt hätte und dies auch niemals tun wird, eine Ideologie, die immer und stets, wenn sie Staatsideologie war, verbrannte Erde hinterlassen hat, eine zugrunde gerichtete Umwelt hinterlassen hat, ermordete, gebrochene, drangsalierte und schikanierte Menschen zum Ergebnis hatte... Meine Damen und Herren, die DDR mit ihrer Staatspartei SED, deren Fortsetzer und Profiteure heute hier als Die Linke immer noch sitzen, war die zweite verbrecherische sozialistische Diktatur auf deutschem Boden, die rote Diktatur nach der braunen Diktatur. Die Spitzel- und Drangsalierungstruppen der SED – vulgo Die Linke – rekrutierten sich aus den Spitzel- und Drangsalierungstruppen der NSDAP und der Gestapo... Die Stasi ist immer noch präsent und regiert in Deutschland wieder mit... Die Linke, die so tut, als hätte sie Menschenrechte, Demokratie und Freizügigkeit erfunden: In Wahrheit waren Sie die letzte Partei in Deutschland, die auf Flüchtlinge mit Maschinenpistolen hat schießen lassen wie auf Karnickel. Sie sollten sich schämen und ausziehen aus diesem Bundestag. Sie haben hier nichts verloren.« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 115. Sitzung, S. 140)

lerdings nicht veranlasst, im Stile eines Manifestes die »Wiedergeburt« des Sozialismus zu feiern oder an Prognosen über künftige Siege zu arbeiten. Ich habe mich vielmehr noch einmal der Geschichte des modernen Sozialismus seit dem frühen 19. Jahrhundert zugewandt, um einerseits den Zusammenhang mit der Krisengeschichte der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, andererseits die Wellen und Zyklen, Aufstieg und Niedergang verschiedener Wege und Erfahrungen in dieser Geschichte in den Blick zu nehmen. Die Geschichte ist notwendig voller Widersprüche – und deshalb widerlegt sie immer sowohl lineare Geschichtskonzeptionen vom gleichsam unaufhaltsamen Aufstieg des Sozialismus als auch alle Versuche, die Vielfalt dieser Wege auf ein allgemeingültiges »Modell« zu reduzieren. Sozialistische Ideen und deren praktische Umsetzung haben sich von Anfang an auf vielfältige Weise ausdifferenziert – und in jeder geschichtlichen Epoche konfigurieren sich die Kräfte, Programme und Strategien im Kampf für den Sozialismus neu.

Die Rekonstruktion der Geschichte im ersten und zweiten Kapitel sollte nicht als der Versuch missverstanden werden, eine kurze Geschichte des Sozialismus vorzulegen. Es geht immer um ausgewählte Kapitel und Problemstellungen aus dieser Geschichte. Dabei soll zum einen deutlich werden, dass Sozialismus in verschiedenen Varianten stets die Rolle der »Fundamentalopposition« in einer Gesellschaft mit kapitalistischer Produktionsweise spielen muss. Zum anderen führt das Verhältnis von theoretischer Kritik und praktischer Umsetzung in Gesellschaft und Politik auf ein weites Feld von Widersprüchen. Diese müssen einerseits anerkannt werden. Andererseits müssen sie von den Akteuren sozialistischer Politik auch mit dem Ziel ihrer Aufhebung bzw. Überwindung bearbeitet werden. Die Auswertung der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts der »Extreme« (Hobsbawm) lehrt zumindest, dass die Bearbeitung solcher Widersprüche auf dem Feld der Eroberung der Staatsmacht und der »Zurücknahme der Staatsgewalt in die Gesellschaft« (Engels) immer auch darüber entscheidet, ob der Weg »Klasse – Partei – Staat« (der keine theoretische Erfindung, sondern durch die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft und ihres politischen Systems objektiv vorgegeben ist) in einer historischen Sackgasse endet oder zu Verhältnissen beiträgt, in denen demokratische Rechte und Freiheiten auf der einen mit sozialer Gerechtigkeit, Schutz der Umwelt und der Natur und entwickelter Formen der Selbstverwaltung verbunden sind.⁵

⁵ Die Arbeit an diesem Manuskript wurde im Juni 2021 abgeschlossen. Die Übersetzungen aus dem Englischen habe ich mithilfe von <https://de.pons.com>text-übersetzung> vorgenommen und bearbeitet.